

ANFRAGE

des Abgeordneten Pfister

an Herrn LH-Stellvertreter für Energie, Wissenschaft und Landwirtschaft

Dr. Stephan Pernkopf

betreffend:

Umstrittene Ortserweiterung in Türnitz – Gefahr für Umwelt und Ortsbild?

Die geplante Ortserweiterung in Türnitz, insbesondere am Fuße des Eibl, steht im Widerspruch zu den Zielen des niederösterreichischen Regierungsprogramms, das den Schutz von Natur- und Lebensräumen sowie die Vermeidung unverhältnismäßiger Bodenversiegelung betont. Es wird beabsichtigt, bis zu 40 Bauparzellen zu schaffen, obwohl im Ortskern Leerstände und ungenutztes Bauland vorhanden sind. Diese geplante Bodenversiegelung umfasst etwa 3,7 Hektar an der Grenze eines Naherholungsgebietes und das obwohl es rund 20 Prozent Reserveflächen im Wohnbaugebiet gibt, wodurch eine Neuversiegelung in diesem Ausmaß nicht notwendig ist.

Der Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms betont zudem, dass Baulandreserven und innerörtliche Flächen vorrangig genutzt werden sollen, bevor Erweiterungen in Außenbereichen vorgenommen werden. In Türnitz wird jedoch genau dies nicht berücksichtigt. Zudem wurden offenbar weniger umweltschädliche Alternativen, wie etwa die Bebauung östlich der HBLA, nicht hinreichend geprüft. Stattdessen wurde ohne jegliche Vorabinformation an die Bürger*innen in Türnitz oder Beteiligung derer, der Entwurf des örtlichen Raumordnungsprogrammes zur allgemeinen Einsicht aufgelegt. Die diesbezügliche Frist zur Stellungnahme entfiel dabei auf den Zeitraum 31.07. bis 12.09.2024 und somit die Urlaubszeit, wodurch der Anschein erweckt wird, dass man hier mit diesen Plänen möglichst wenig Aufmerksamkeit erzeugen möchte.

Trotz dieser Stellungnahmefrist bleibt unklar, inwieweit eine Bürger*innenbeteiligung und die Stellungnahmen tatsächlich in den Entscheidungsprozess einfließen und ob die Auswirkungen dieser Maßnahme hinlänglich abgewogen wurden. Neben der Neuversiegelung durch die geplante Ortserweiterung in dieser Dimension, knüpfen

sich daran Fragen der Gemeindeinfrastruktur, des Verkehrs und schlussendlich der Lebensqualität. Angesichts dieser Planungen und der offensichtlichen Widersprüche zu den Zielen der Raumordnungspolitik in Niederösterreich ist es notwendig, die Hintergründe und Auswirkungen dieser Ortserweiterung näher zu beleuchten.

Der Gefertigte richtet daher an Herrn LH-Stellvertreter Dr. Pernkopf folgende

A n f r a g e:

1. Wie bewerten Sie als zuständiges Mitglied der Landesregierung für Raumordnung die geplante Ortserweiterung in Türnitz im Kontext der Raumordnungspolitik, insbesondere im Hinblick auf den Erhalt von intakten Lebensräumen und die Vermeidung von Bodenversiegelung?
2. Wie bewerten Sie als zuständiges Mitglied der Landesregierung für Raumordnung die geplante Flächenwidmung im Kontext des Arbeitsübereinkommens zwischen der ÖVP und FPÖ, insbesondere im Hinblick auf die Nachhaltigkeits- und Umweltziele?
3. Werden Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass im Fall Türnitz die Nutzung von Leerständen und Baulandreserven vorrangig behandelt wird, bevor neue Flächen für die Bebauung freigegeben werden?
4. Wie wird die Einhaltung der Prinzipien der Raumordnung, wie die Reduzierung der Bodenversiegelung und die Nutzung von innerörtlichen Flächen, im Fall Türnitz sichergestellt?
5. Welche rechtlichen Prüfungen werden im Rahmen eines solchen Raumordnungsprozesses seitens des Landes durchgeführt, um die Umweltauswirkungen und die Beeinträchtigung des Naherholungsgebiets zu bewerten?
6. Gibt es Überlegungen seitens des Landes, diese Art von Bauprojekten treffsicherer zu regulieren, um eine Zersiedelung und die Zerstörung von Naherholungsgebieten zu verhindern?

7. Wie wird der langfristige Bedarf an Wohnbauflächen in Türnitz seitens des Landes bewertet, und wie stellt sich dieser im Vergleich zu den bestehenden Baulandreserven dar?
8. Wie bewerten Sie als zuständiges Mitglied der Landesregierung für Raumordnung die Vorgehensweise des Bürgermeisters von Türnitz, welcher die Änderungen des örtlichen Raumordnungsprogramms ohne vorherige Absprache mit der Bevölkerung aufgelegt hat?
9. Wie kann das Land sicherstellen, dass die geplante Ortserweiterung in erster Linie der Türnitzer Bevölkerung, insbesondere jungen Familien, zugutekommt und nicht von Immobilienspekulationen ausgenutzt wird?